

**Beiträge ÖkoLinX-ARL
in der Fraktion
»ÖkoLinX-ELF im Römer«**

Wortprotokoll

über die

42. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 3. Juli 2025

(16:03 Uhr bis 23:48 Uhr)

5. Ausstellung von Mietübernahmegarantien an die Konversions- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (KEG) für den Betrieb eines Suchthilfezentrums in der Niddastraße 76.....	47
Vortrag des Magistrats vom 16.05.2025, M 83	
<u>hierzu:</u> Antrag der CDU vom 28.05.2025, NR 1275	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF-BIG vom 10.06.2025, NR 1282	
<u>hierzu:</u> Antrag der Linke vom 16.06.2025, NR 1284	
<u>hierzu:</u> Antrag der Gartenpartei vom 27.06.2025, NR 1289	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der GRÜNEN, der SPD, der FDP und Volt vom 30.06.2025, NR 1291	
<u>hierzu:</u> Antrag der ÖkoLinX-ELF vom 01.07.2025, NR 1292	
<u>hierzu:</u> Antrag der Gartenpartei vom 03.07.2025, NR 1296	
<u>hierzu:</u> Antrag der IBF vom 03.07.2025, NR 1297	
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE:.....	47
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:.....	49
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	51
Stadtverordneter Martin-Benedikt Schäfer, CDU:.....	52
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	54
Stadtverordnete Dominike Pauli, Linke:.....	57
Stadtverordneter Mathias Pfeiffer, BFF-BIG:.....	58
Stadtverordneter Tilo Schwichtenberg, Gartenpartei:.....	59
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	60
Stadtverordneter Falko Görres, FRAKTION:.....	61
Stadtverordnete Britta Wollkopf, Volt:.....	63
Stadtverordneter Jumas Medoff, IBF:.....	64
Stadtverordnete Almuth Meyer, SPD:.....	65
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:.....	66
Stadtverordneter Willy Klinger, AfD:.....	68
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, BFF-BIG:.....	70
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	72
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:.....	74
Stadträtin Elke Voitl:.....	76
Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:.....	77
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:.....	79
6. Gemeinsam gegen Einsamkeit - Frankfurter Besuchspaten-Broschüre.....	82
Bericht des Magistrats vom 12.05.2025, B 171	
Stadtverordnete Sabine Fischer, CDU:.....	83
Stadtverordnete Stella Schulz-Nurtsch, SPD:.....	85
Stadtverordnete Ayse Zora Marie Dalhoff, Linke:.....	86
Stadtverordneter Eyup Yilmaz, fraktionslos:.....	86
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:.....	87

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Ihre Redezeit beträgt noch 20 Sekunden.

**Stadtverordnete Beatrix Baumann,
GRÜNE:**
(fortfahrend)

Wir werden sie nicht unversorgt und unbehandelt lassen und wir werden sie keinen zusätzlichen Risiken aussetzen. Außerdem ist unklar, wie viel Auswärtige es eigentlich in Frankfurt gibt. Nach dem Sozialgesetzbuch sind es eigentlich Frankfurter:innen, sobald sie sich hier ein bisschen aufhalten und an die Türen der Einrichtungen klopfen.

Meine Zeit ist rum, wenn ich das richtig verstanden habe. Dann bitte ich Sie, der M 83 zuzustimmen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Vielen Dank! Die nächste Rednerin ist Jutta Ditfurth von Öko-LinX-ELF. Bitte schön!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Schönen guten Abend allerseits!

Es ist für Außenstehende vermutlich ein bisschen verwirrend, dass es so viele Anträge gibt, und nicht so leicht zu verstehen, was eigentlich los ist und was diese M 83 ist. Ich will es ganz kurz und knapp sagen: Hinter diesem Tagesordnungspunkt steht bei einigen wirklich die inhaltliche Überzeugung, dass dieses Suchthilfezentrum mit dem sehr guten Konzept so gebaut, renoviert und betrieben werden soll.

Dann gibt es einige, die sagen, es ist aber viel wichtiger, dass wir zeigen, dass wir alle Unterschriften der Koalition zusammenbekommen. Dafür gibt es einen Antrag von der gesamten Regierungskoalition, der ein Müll-

haufen ist und der übertünchen soll, dass die FDP bei dem Magistratsvortrag nicht dabei ist - schon gar nicht, wenn auch Auswärtige zur Versorgung im Suchthilfezentrum zugelassen würden. Es ist also verwirrend.

Dann gibt es auch vollkommen bekloppte Anträge wie den von der Gartenpartei, in dem Yogakurse für Cracksüchtige gefordert werden. Da merkt man, dass die Coronazeit manche Menschen in Wahnsysteme hat fallen lassen.

(Beifall, Zurufe)

Das ist ungefähr so wie Globuli gegen Krebs, ungefähr auf der Ebene bewegt sich dieser zynische Trendvorschlag.

Leider spielt auch die Linkspartei keine gute Rolle. Ich hätte von ihr etwas anderes erwartet nach der Ankündigung von Oberbürgermeister Mike Josef, der auf einer Pressekonferenz, zu der die zuständige Kollegin nicht hingegangen war - aus guten Gründen -, plötzlich vopreschte und sagte, man wolle keine Auswärtigen im Suchthilfezentrum. Frankfurt ist eine Großstadt und das Gerede von der Urbanität kann nicht immer nur dann eine Rolle spielen, wenn es um steinerne Plätze geht und um große Spektakel und Fußballmeisterschaften der einen oder der anderen Art oder so was. Es sollen immer ganz viele Leute nach Frankfurt kommen, um zu konsumieren, um Sachen zu benutzen, um die Zahlen für die Tourismusstatistik hochzutreiben. Aber eine Großstadt zieht immer auch Menschen an, die es woanders aus guten Gründen nicht aushalten. Das kennen vielleicht auch ein paar Leute, die sich noch an ihre Jugend erinnern, dass man da, wo man war - in den kleinen Städten, in der Provinz -, nicht unbedingt bleiben wollte. Die Großstadt war ja auch für ein paar Frankfurter Spontis so attraktiv, dass sie aus ihren schwäbischen Pisskäffern nach Frankfurt gezogen sind, also müssten doch ein paar Erinnerungen daran noch wach sein, sodass es das wahrscheinlich in allen Parteien und Fraktionen hier gibt.

Aber nein, es gibt jetzt den großen Kurs, nächste Kommunalwahl, die SPD oder ein Teil von ihr schießt auf eine Koalition mit der CDU. Da sendet man schon mal Botschaften wie diese reaktionäre: Auswärtige Patienten,

Suchtkranke werden in Frankfurt künftig in den Einrichtungen nicht mehr versorgt. Was bedeutet das? Dass jemand crack süchtig ist, weil er oder sie im Leben eine falsche Entscheidung getroffen hat, weil er oder sie im Leben viele Probleme mit Menschen hatte, dass Menschen suchtkrank werden, das ist nichts Neues in der Großstadt. Der Drogenhandel ist im Bahnhofsviertel und drumherum. Da sind die Drogen und da gehen dann die Menschen hin, die krank sind und diese Drogen konsumieren müssen, wenn sie nicht da herausgeholt werden. Und jetzt will man, dass ein Teil von ihnen, nämlich diejenigen, die eine Adresse irgendwo in der Provinz haben - ich nenne jetzt immer Bensheim, wahrscheinlich kriege ich irgendwann einen bösen Brief aus Bensheim -, also die vielleicht noch eine Restfamilie in Bensheim haben oder mal einen Wohnsitz in Bensheim hatten oder in irgendeiner anderen deutschen Stadt, dort hinsollen, wo es gar keine Versorgung gibt. Crack süchtige müssen - das liegt an der Droge - sehr viel und sehr häufig konsumieren. Notversorgung heißt, du wirst jetzt notversorgt, weil du gerade kollabiert bist, und dann musst du wieder raus. Und was passiert dann? Die Polizei schickt dann die Leute über die Stadtgrenze, bringt sie in den Wald wie früher die Obdachlosen oder bringt sie nach Bensheim? Natürlich nicht. Das heißt Repression. Das heißt, diese Menschen werden in der konkreten sozialen Realität in die Hinterhöfe, in andere Viertel geschickt, und wenn sie nicht versorgt werden, weil sie leider keinen Frankfurter Wohnsitz haben, der anerkannt wird, dann sterben sie da. Crack ist eine zum Tod führende Sucht. Das sagen auch diejenigen Fachleute im Bahnhofsviertel, die jetzt leider auf Mike Josefs Kurs eingeschwenkt sind.

Die Linkspartei macht jetzt ein blödes Spiel, weil sie sich doch so gerne - ich sage das immer offen und das wissen die Leute in der Linkspartei auch, dass ich das über sie denke -, weil sie sich doch so gerne bis zur nächsten Kommunalwahl als regierungsfähig erwiesen haben will und endlich die FDP ersetzen möchte. Mit Blick auf eine Konstellation, wo sie vielleicht gebraucht wird, möchte sie jetzt gerne die Vorlage M 83 einschließlich dieser Beschränkung für auswärtige Suchtkranke unterstützen. Damit es nicht so auffällt, gibt es nachher eine Abstimmung mit zwei namentlichen Abstimmungen zu der

M-Vorlage. Da wird einmal über die Vorlage M 83 ohne den Satz mit dem Ausschluss der Auswärtigen abgestimmt und einmal wird über die Vorlage M 83 - über das eigentlich gute Konzept - mit dem Satz abgestimmt, und dann wird wahrscheinlich für die Leute auf der Tribüne und für diejenigen, die draußen zuschauen, gar nicht erkenntlich sein, was die da jetzt eigentlich gemacht haben.

Es geht immer um den Satz, dass auswärtige Cracksuchtkranke in Frankfurt nicht mehr behandelt werden dürfen. Dann ist ihre Perspektive ziemlich tödlich. Und es handelt sich überhaupt nur um ein paar Dutzend Leute. Die Millionen von Menschen, die über Tourismus, über Kultur, über sonst irgendwas in die Stadt gezogen werden, die sind also immer herrlich begehrt; aber diese paar Dutzend Menschen sollen hier nicht versorgt werden können, nur weil sie irgendwann mal vergessen haben, eine Wohnsitzänderung anzumelden oder weil sie irgendwo anders noch eine Familie sitzen haben, vielleicht Eltern, von denen sie weg wollten, bei denen sie aber noch gemeldet sind? Das war bisher nicht so. Bisher wurden Menschen, die keinen ersten Wohnsitz in Frankfurt hatten, mitversorgt und das kann man auch weiter so machen. Und plötzlich wird die Botschaft gesendet: Wir säubern das Bahnhofsviertel. Deswegen ja auch diese Racial-Profilings-Razzia letzten Freitag mit den 22 Menschen, die von der Polizei in einer Reihe aufgestellt wurden, und, wie merkwürdig, keiner von ihnen war blond. Es war eine große Durchsuchung des Bahnhofsviertels, aber im Bahnhofsviertel scheint es überhaupt nur noch dunkelhäutige und schwarzhäutige Menschen zu geben. Das ist natürlich Racial Profiling.

(Beifall)

Diese Mentalität zieht sich durch eine Reihe der anderen Anträge. Warum wir sie ablehnen, das führe ich jetzt nicht im Detail aus. Mich ärgert am meisten, dass die Linkspartei sich entschieden hat, der Vorlage M 83 zuzustimmen, auch wenn jetzt so sonnenklar ist, dass sie Auswärtige ausschließt. Ich hoffe, ihr ändert eure Meinung noch - ich gebe euch noch eine Frist von einer Viertelstunde - und ihr entscheidet nachher richtig und nicht opportunistisch. Das würde mir jedenfalls sehr gut gefallen.

Frankfurt kann es sich leisten, Menschen, die den ersten Wohnsitz nicht in Frankfurt haben, zu versorgen. Das Konzept selber ist wirklich wunderbar, aber dem zuzustimmen ... Jetzt denken vielleicht einige, ja, wenn so ein Konzept so toll ist, dann stimmt doch zu. Das wäre, als wenn ich einem tollen neuen Krankenhaus zustimmen würde, in dem aber nur noch Menschen mit einer bestimmten Hautfarbe oder Körpergröße zugelassen wären, mit irgendwelchen Zufallskriterien oder nur noch mit dem Wohnsitz in dem Stadtteil, in dem das Krankenhaus ist. Das würde doch kein Mensch von uns vernünftig oder menschlich finden, sondern vollkommen zu Recht zynisch. Und das ist der Grund, warum wir die Vorlage M 83 nur dann annehmen werden, wenn der Satz mit der Beschränkung für Auswärtige gestrichen wird, sie aber beim zweiten Teil der Abstimmung trotz des guten Konzepts wegen der Beschränkung auf einen begrenzten Personen- oder Patientenkreis ablehnen werden.

Danke schön!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Vielen Dank! Der nächste Redner ist Herr Pürsün von der FDP-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:

Frau Vorsteherin,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist das Thema erneut Drogenpolitik und das Bahnhofsviertel. Diese Themen haben die volle Aufmerksamkeit der Koalition. Wir haben viel begonnen und erreicht, trotzdem bleibt weiter ein langer Weg. Viel zu lange schon gibt es keine ausreichende Antwort in Frankfurt auf die Droge Crack. Eine Lösung ist längst überfällig. Diese Koalition hat das Problem von der vorherigen übernommen. Die vorherige Koalition war eine des Stillstandes. Es gab die Gemeinsamkeit des Nichtstuns. Die Probleme rund um Crack wurden schön geredet und dann kam noch der Absturz des Viertels in der Pandemie. Ein

Bild verstärkte sich, das breite Ablehnung in der Bevölkerung, in der Region erzeugt. Daraus wurden keine Konsequenzen gezogen. Erst diese Koalition hat sich den Themen ganzheitlich gewidmet.

Wir Freie Demokraten hinterfragen grundsätzlich den Status quo und wollen Verbesserung samt Perspektive. Das Viertel verändert sich, die Politik muss es auch. Wir Freie Demokraten sind dazu bereit. Ich würde mir wünschen, aus der Opposition kämen ähnlich detaillierte, durchdachte Vorschläge wie aus der Koalition. Will die Opposition Teil einer Lösung sein oder nur von den Problemen und der Not profitieren? Welche Partei hat eigentlich welches Zielbild? Bei den meisten kann ich keines erkennen. Wir haben uns vor der letzten Wahl schon inhaltlich intensiv vorbereitet. Wir haben die Fragen der auswärtigen Drogensüchtigen als Erste aufgegriffen. Wir sind damit sehr konstruktiv umgegangen. Wir haben uns lange vorbereitet, viel zugehört, gelesen und angeschaut. Wir Freie Demokraten stehen für die Ausstiegsorientierung der Drogenpolitik. Wir sind mit dem Status quo nicht zufrieden. Es gibt bessere Lösungen als Nichtstun. Damit soll das Zusammenleben für alle in der Innenstadt besser werden. Das Ziel ist ein Viertel ohne offene Szene und ohne Drogenhandel. Wir sehen die Zustände, hören den vielen Stimmen zu und nehmen sie ernst. Es muss abgewogen werden, so kommen wir zu unserer Position. Sie ist flankiert durch den Frankfurter Weg und den Koalitionsvertrag. Eine Lösung für die Droge Crack ist richtig und wichtig. Ein erstes Angebot beginnt in einer bestehenden Einrichtung. Nichts wird unmöglich gemacht, wenn es heute keinen Beschluss gibt. Wir sehen großen Informationsbedarf. Noch hat kein ausreichender Dialog stattgefunden, Konzepte sind nicht fertig. Bürgerbeteiligung ist uns wichtig, unabhängig vom Thema.

Der Frankfurter Weg begann 1994/1995 mit den Oberbürgermeistern Andreas von Schoeler und Petra Roth. Per Verordnung erfolgte die Verlagerung der offenen Drogenszene von der Taunusanlage ins Bahnhofsviertel. 30 Jahre wurde das so fortgeführt, ohne hinterfragt zu werden. Der Wohnsitz der Menschen war kein Thema. So gab es keinen Grund dafür, dass Kommunen andernorts Drogenhilfeangebote einrichten. Konsens der Stadt und des Landes war, die

Geschäft oder ein Restaurant betreiben. Und ja, somit muss ihnen allen geholfen werden. Für sie alle muss sich die Situation spürbar verbessern. Das ist es, worum es heute geht. Das ist heute unsere Verantwortung.

(Beifall)

Auf der einen Seite muss ein Weg gefunden werden, den an Drogensucht erkrankten Menschen möglichst direkt und niedrigschwellig im ersten Schritt akut zu helfen und ihnen im zweiten Schritt mit umfangreichen Hilfsangeboten Wege aus der Sucht heraus aufzuzeigen und anzubieten, sie eben möglichst gut zu erreichen. Das ist vor allem im Zusammenhang mit der Droge Crack so wichtig, weil sie so gefährlich ist und so schnell und so stark abhängig macht. Und die nächste - auch das wurde schon erwähnt - noch gefährlichere Droge, nämlich Fentanyl, muss hier auch bereits mitgedacht werden. Sie ist jetzt schon in Frankfurt zu finden, und sollte sich der Missbrauch von Fentanyl weiter ausweiten, ist eigentlich fast damit zu rechnen, dass wieder viel mehr Menschen an ihrer Sucht versterben werden, wenn dann eben die nötigen Hilfsangebote nicht da sein sollten.

Auf der anderen Seite muss neben der Hilfe für den oder die einzelne Betroffene aber gleichzeitig auch ein Weg gefunden werden, in den Nachbarschaften und Quartieren im Bahnhofsviertel die Lebensqualität aller weiter zu verbessern. In den letzten Jahren wurden einige Fortschritte gemacht, aber es muss natürlich weiter daran gearbeitet werden. Aus Sicht der SPD ist die Einrichtung eines Suchthilfezentrums in der Niddastraße genau der richtige Weg, beides zu erreichen, weil es die Möglichkeit sein kann, dass das schwierige Suchtverhalten der erkrankten Menschen nicht mehr einfach auf der Straße stattfindet. Der entscheidende Punkt dabei ist aber: Es geht nicht darum, das Elend unsichtbar zu machen, indem man es quasi einfach wegräumt, so nach dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Es geht darum, das Elend insgesamt zu verringern und stattdessen bessere und gesündere Perspektiven zu schaffen für den und die einzelne Betroffene und damit im Ergebnis auch für alle anderen im Viertel. Es geht um aktives Handeln für die und mit den Menschen.

(Beifall)

Und genau darin liegt aus unserer Sicht die Stärke des Konzepts für das Suchthilfezentrum in der Niddastraße. Genau deshalb befürworten wir es und stehen dahinter. Und wir danken an dieser Stelle wiederholt und ausdrücklich allen, die daran mitgearbeitet haben.

(Beifall)

Einer meiner Fraktionskollegen hat in einer der letzten Fraktionssitzungen sinngemäß gesagt: Wenn man täglich im Bahnhofsviertel unterwegs ist, weil man dort zum Beispiel arbeitet, dann kann man bei dem Elend, das man sieht, nicht verstehen, wie jemand ernsthaft gegen die Einrichtung dieses Zentrums sein kann.

(Beifall)

Nicht zustimmen ist heute keine Option. Nicht zustimmen heißt, es kann nicht geholfen werden, wo Hilfe so dringend nötig ist. Dies muss allen hier klar sein. Ich vertraue auf euer und Ihr Verantwortungsbewusstsein, und ich appelliere an alle, der M 83 zuzustimmen und das dringend notwendige Suchthilfezentrum auf den Weg zu bringen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Herr Zieran von ÖkoLinX-ELF ist der nächste Redner. Bitte schön!

(Zurufe)

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Ich habe zweimal in meinem Leben eine Wahlmissetat, einen Fehler begangen. Ich habe einmal Willy Brandt gewählt.

(Zurufe)

Es folgten Berufsverbote, es folgte Repression. Und ich habe Mike Josef gewählt in der Annahme, dass er zwar der Baulobby nicht widerstehen kann, aber ich habe gedacht, das ist ein integrierter, ein sozialer Mensch, der wird sich für die sozial Schwachen einsetzen. Ich bin böse enttäuscht von dir, von dieser Äußerung, davon, dass du so über Leute redest, die in dieser Gesellschaft die Verlierer sind, die die Schwächsten sind, die diese Leistungsgesellschaft, dieser Kapitalismus kaputt gemacht hat. Dieser Fehler, einen SPDler zu wählen, wird mir nicht wieder passieren. Ich kann mich dafür nur entschuldigen.

Worum geht es eigentlich? Hier werden schöne Reden gehalten, und wir sind uns eigentlich einig, dass das Hilfekonzept grundsätzlich richtig ist. Aber was ist falsch an diesem grundsätzlich Richtigen? Falsch ist, dass nur den Frankfurtern geholfen werden soll. Wie im Mittelalter: Wir errichten Schranken und die Auswärtigen sind draußen, egal, wie es ihnen geht, wie dreckig es ihnen geht. Es ist so, dass diese rechte Ecke da keine Empathie hat, dass die Menschen sie nicht interessieren, dass sie saubere Straßen will, dass das Bahnhofsviertel gereinigt werden soll, dass das den Vorrang hat. Und gleichzeitig erzählen sie, die sollen aber auch nicht in andere Stadtteile rein - „die“, das heißt die Menschen, die sie abgeschrieben haben. Sie wollen die Reinigung Frankfurts von den schwächsten Menschen, die die Geschäftsleute abschrecken, die die Privilegierten abschrecken. Nur darum geht es diesem rechten Block. Dazu will ich mich gar nicht weiter äußern.

Bei den anderen unterstelle ich zwar einerseits humane Grundlagen - und SPD ist ja auch nicht Mike Josef in diesem Fall; Ursula Busch hat ja auch einiges dazu gesagt -, aber wenn man dieses Konzept vertritt, wie kommen denn dann diese Sätze da in den Magistratsvortrag? Das verstehe ich nicht, und ich verstehe hier auch die Dezernentin nicht, denn ich finde das Konzept gut und habe es grundsätzlich gelobt. Warum sollen nur Frankfurter Hilfe kriegen, warum nur sie? Und dann wird beschworen, wenn ihr das jetzt ablehnt - und da sind wir natürlich auch mit gemeint -, dann seid ihr schuld an dem Elend. Schuldig sind die, die eine Magistratsvorlage vorlegen, mit der ein Großteil der

Süchtigen ausgegrenzt wird, nur weil in ihrem Personalausweis keine Frankfurter Adresse steht. Wie armselig ist denn diese Geschichte, Ursula? Dazu sagst du kein Wort. Wenn die FDP sowieso ausschert, was sie zumindest erklärt hat, dann erledigt sich doch dieser Kompromiss. Warum wird der nicht einfach gestrichen? Warum nimmt eine grüne Dezernentin weiterhin diesen Kompromiss mit rein?

(Beifall)

Um das Hindernis für euch auszuräumen, haben wir einen Antrag gestellt, wonach genau diese Sachen, dass nicht alle diese Hilfe kriegen sollen, gestrichen werden, damit wir alle - der humane Teil dieses Stadtparlaments - dann dieser M-Vorlage zustimmen können, ohne die Ausgrenzung von Menschen. Und wir haben die namentliche Abstimmung beantragt, weil wir wissen wollen, wer hier inhuman und wer human abstimmt.

Zu den GRÜNEN, neuer Vorstand: Was steht im Vordergrund? Nicht das Suchthilfezentrum, sondern die Fortführung der Koalition. Ihr wollt die Koalition unbedingt fortführen; es wäre fatal, wenn es zum Bruch kommt. Tja, was soll man dazu noch mehr sagen? Wenn das die Position ist, dann bleibt von den Inhalten nicht viel übrig.

Zu den Linken will ich nicht viel sagen; ich will nur meinerseits mit einem Marx-Zitat auf dein Marx-Zitat antworten: ...

(Zurufe)

... „dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Das ist der Grundsatz linker Politik. Der hat für mich immer gegolten und ich hoffe, dass der auch für euch gilt und dass ihr unserem Antrag zustimmt, dass man diese Teile streicht. Leider ist das in eurem Antrag ja nur eine Maßnahme. Der zweite Satz ist perfekt, der dritte Satz auch, aber diese Maßnahme da vorne macht es kaputt, weil es nur eine Art Protokollvermerk ist. Aber das ist nicht die Hauptauseinandersetzung hier. Ich glaube ja, dass ihr zustimmen werdet, aber man wird sehen.

Nun komme ich noch mal zur Sache selbst, zu dem, was hier alles gesagt wird. Zur SPD habe ich das gesagt mit der Verweigerung. Es geht nicht nur um große Städte, es geht um ein Wirtschaftssystem, das die Menschen zur Leistung prügelt. Die Menschen werden in diesem System psychisch und physisch vernutzt, jedenfalls viele. Und ein Mittel, sich dieser Vernutzung entgegenzustellen, das benutzen ja sogar Privilegierte, ist Heroin und ist vor allen Dingen Kokain. Und jetzt ist eben diese Droge Crack dazugekommen, die sofort kaputt macht; andere Drogen machen wenigstens nicht sofort kaputt. Sie werden auch benutzt, um diese Leistungsmaschine zu überstehen. Das hat sehr zugenommen mit diesem Zwang, mit diesem Druck. Ich muss der Beste sein, ich muss durchkommen, und wer dabei unter die Räder kommt, das ist mir scheißegal. Diese Haltung wird in diesem System stärker.

Es hilft auch nichts, wenn die Dezernentin nachher sagt, wie toll das Konzept ist und was weiß ich noch alles. Solange diese Sätze drin sind, ist es kein Konzept für alle Menschen. Alle Menschen sind sozial gleich, das muss ein Grundsatz linker Politik sein. Wenn der nicht eingehalten wird, ist der Vorschlag ein schlechter Vorschlag, auch wenn das Konzept grundsätzlich ein gutes Konzept ist.

(Beifall)

Ich will mal Schluss machen, wir haben ja noch eine Wortmeldung.

Ach, die FDP, ja. Ihr seid natürlich von vornherein, nicht erst jetzt, sondern eigentlich immer, eine gespaltene Koalition gewesen und das kommt jetzt erst so richtig raus. Juttas Empfehlung war ja, diesen Teil, der andere Teile eigentlich nur aufhält, auszuwechseln und dafür einen anderen Koalitionspartner zu nehmen. Aber das trauen sich ja zumindest Teile der GRÜNEN und der SPD nicht.

(Zurufe)

Dann hätte man das Problem gelöst, und vielleicht wären wir da dann gar nicht mit reingekommen.

Aber ich möchte noch mal eins sagen: Was mich, neben diesen Politikern, sehr entsetzt,

ist die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer. Ich finde, das ist einfach der Hammer. Im Bahnhofsviertel gibt es immer mehr Leute, die sich verfolgt fühlen, die sich im Alltag beobachtet fühlen. Überall sind Videoanlagen. Es gibt Briefe, nicht nur vom NiKa-Haus, auch von anderen, die sagen, wir wollen diese Überwachung nicht ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Sie haben noch 30 Sekunden Redezeit.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

... denn die hilft uns nicht, diese Überwachung. Die IHK fordert noch mehr. Sie fordert Polizei und Ordnungsamt. Polizei und Ordnungsamt lösen soziale Probleme nicht, die ihr im Auftrag von Geschäftsleuten und von anderen in diesem System anrichtet.

(Beifall)

Also macht Schluss mit der Einschränkung, seid sozial, seid human, öffnet dieses tolle Konzept für alle Menschen!

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Der nächste Redner ist Herr Klinger von der AfD. Bitte schön!

Stadtverordneter Willy Klinger, AfD:

Sehr geehrte Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren!

Die Debatte über dieses Suchthilfezentrum zieht sich jetzt ja schon über Monate hin und auch in mehreren Ausschüssen wurde es natürlich schon debattiert und zu dem Thema gesprochen. Ich glaube, allein daran sieht man, dass das Suchthilfezentrum eben nicht so gut sein kann, wie das die Koalition zu Beginn der Debatte noch zu suggerieren ver-

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ELF:

Schönen guten Abend!

Ich muss schnell machen, ich habe nur sieben Minuten Zeit. Herr Pürsün hat uns gerade versucht zu erklären, dass es noch Schlimmere als ihn gibt. Das wussten wir aber schon vorher. Dominique Pauli hat gesagt, ein einzelner Satz könne uns doch nicht davon abhalten und das sei irgendwie was mit Marx oder gegen Marx. Das Verrückte ist nur, dieser eine Satz ist ja nicht irgendwas, sondern in der M-Vorlage, die ansonsten okay ist, steht drin, ich lese mal vor: „Auswärtige Konsumierende werden in der Einrichtung einmalig im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notversorgt und werden aktiv in die Hilfsangebote ihrer Heimatregion vermittelt.“ Diese Angebote in der Heimatregion gibt es gar nicht - unabhängig davon, ob die das wollen.

Ich bin sehr gespannt, was die Linken betrifft. Ihr macht ja ein großes Geheimnis daraus, ob ihr jetzt am Ende der vollständigen M 83 unverändert zustimmen werdet. Wir werden es sehen. Aber euer Antrag, der so gut aussieht, ist linguistisch und juristisch Mist. Da steht nämlich: „Der Magistratsvorlage M 83/25 wird mit folgender Maßnahme zugestimmt: ...“ Der Hauptsatz ist, der M 83 wird zugestimmt. Und da steht nicht, dass nur unter der Voraussetzung zugestimmt wird, dass das und das gestrichen wird, sondern „mit folgender Maßnahme“. Das ist linguistisch und juristisch ein Protokollvermerk. Jede künftige rechte Koalition und jeder Böswillige in irgendeiner Behörde, jede Polizei kann, wenn das beschlossen wird, sagen, jaja, das haben die gar nicht ernst gemeint. Das, was nach diesem Eingangssatz steht, ist richtig, dem stimmen wir auch zu, aber ich traue euch im Moment nicht ganz über den Weg bei der Geschichte. Ihr könnt mich ja eines Besseren belehren.

Zur Praxis: Wenn die bisherige liberale Praxis, Auswärtige doch zu behandeln - entweder weil sie in die Kategorie „ohnsitzlos“ fallen oder sich hier in Frankfurt länger aufhalten und hier ihren Lebensmittelpunkt haben -, wenn dies so zugespitzt diskutiert wird, wie es seit der reaktionären Bemerkung von Mike Josef gemacht wird, und wenn gleich-

zeitig in den Ausschüssen gesagt wird, die Stadtpolizei, die Landespolizei, die Staatsanwaltschaft stehen hinter dem Konzept und werden es unterstützen, dann heißt das auch - stellt euch vor, was künftig möglich wäre -, dass sie und rechte Stadtregierungen dann sagen würden, ah, jetzt sind wir aufmerksam gemacht worden, wir werden ganz strikt darauf achten. Und dann kann keine noch so liberale Dezernentin - sie mag so liberal sein, wie sie möchte - das in der Praxis einfach tun.

Ursula Busch hat behauptet, der Frankfurter Weg sei vor vielen Jahren einvernehmlich, fast in großer Harmonie, so klang es, beschlossen worden. Ich erinnere mich sehr ...

(Zurufe)

Na ja, gut, wir können es hinterher im Wortprotokoll nachlesen.

Petra Roth hat damals wegen dieses progressiven Wegs, den sie gegangen ist, so viel Zoff gekriegt, nicht nur aus der CDU, auch aus Teilen der SPD. Und wenn du sagst, Ursula Busch, dass wir uns nicht so anstellen sollen mit einer Zustimmung zu dem unveränderten Antrag, weil es nur um so wenige Leute geht, dann ist es doch aber gar kein Problem mehr, diesen dämlichen Satz aus dem Magistratsvortrag rauszunehmen.

(Beifall)

Über was reden wir dann überhaupt? Seid doch souverän und sagt, wir streichen diesen Satz, dann werdet ihr eine riesige Mehrheit in diesem Parlament kriegen. Wollt ihr das nicht oder geht es nur darum, dass die FDP dann noch beleidigter reagiert? Meine Güte! Ihr hättet die halt nie als Koalitionspartner nehmen sollen, sondern die netten Leute von der Linken.

(Zurufe)

Nein, wir würden mit euch niemals regieren, ich schwöre, ich verspreche und so weiter.

(Beifall)

Zu Mike Josef: Ich habe in meinem langen politischen Leben schon sehr viele junge Sozialisten nach rechts an mir vorbeiziehen

sehen. Wenn neue Fälle kommen, sage ich immer, okay, noch ein Fall von Karsten Voigt. Ich kenne die alle, seit sie jung sind. Dann ziehen sie vorbei und haben ihre Begründung. Aber bei ihm habe ich gedacht, er wäre eine Ausnahme; nicht nur, weil ich mit ihm mal die Autobahn besetzt habe gegen Studiengebühren, sondern auch deswegen, weil er wirklich in der sozialen Frage tief verankert zu sein schien. Und wenn ich jetzt die Leute, die aktiv kritische Sozialarbeit betreiben, höre und lese und ihn selber höre und lese, dann ist das für mich ein tragischer Fall.

Eine Partei, eine Fraktion bleibt hier heute total im Windschatten - das machen die öfter so, sie treten immer auf wie Musterschüler, haben in Wahlkämpfen gute Parolen und dann sind sie irgendwie nie dabei, wenn es Streit gibt, und kriegen nie was ab -, das ist Volt. Volt hatte im Wahlkampf vor fünf Jahren eine sehr gute Parole, „Housing First“. Housing First hat direkt was mit unserem Thema zu tun. Ihr habt fünf Jahre nichts gemacht zu diesem Thema.

(Zurufe)

Oh bitte, ihr wolltet das in Frankfurt durchsetzen. Ich habe noch nicht mal eine Debatte mitgekriegt, dass ihr das über ein Jahr lang irgendwie energisch versucht.

(Zurufe)

Jaja, ihr könnt viel erzählen. Ihr schreibt irgendwo was auf und habt dann was für den nächsten Wahlkampf. Aber als aktiv das Projekt betreibend nehme ich euch nicht wahr.

So, jetzt zum Drogenzentrum Bahnhofsviertel. Interessant ist, dass die Meisten, die für diesen falschen, also den unveränderten Magistratsvortrag sind, eines überhaupt nicht erwähnen: Drogenhandel in Frankfurt heißt, es sind fünf bis zehn Prozent, vielleicht auch 15 Prozent, über die wir heute reden, die potenziellen Patienten eines Suchthilfezentrums. Die anderen sind die, denen es gut geht, denen man ihre Sucht nicht ansieht, die sich ein Hotelzimmer nehmen und sich vom Portier oder von jemand anders sagen lassen, wo sie Drogen kaufen können. Der Drogenhandel im Bahnhofsviertel ist kein Drogenhandel nur für die künftigen Patienten des Suchthilfezentrums, sondern für Geschäfts-

leute, für Leute, deren Freunde jetzt aufstehen und sich über den Schmutz auf den Straßen beschweren, von denen sie aber gleichzeitig profitieren. Und gar kein Thema ist, wer das Geld eigentlich wäscht, das in diesen unglaublich profitablen Geschäften gemacht wird. Da rührt niemand dran, denn da sind ja dann auch Leute betroffen, mit denen die feine Gesellschaft in der Stadtgesellschaft und hier im Parlament gelegentlich zu tun hat und gelegentlich verkehrt. Und alle wissen das.

Es wird nur über die Ärmsten gesprochen und dann wird denen noch eins draufgegeben. Stellt euch vor, wir würden hier heute über ein tolles Projekt - ich erfinde was -, zum Beispiel ein Geburtshaus reden - aus aktuellem Anlass -, das ein tolles Konzept hätte, und die SPD ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Sie haben noch 30 Sekunden Redezeit.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ELF:**
(fortfahrend)

... und die SPD würde von uns verlangen, nur über das Konzept zu reden und den kleinen Satz zu übersehen, dass aber nur Frauen mit weißer Haut aufgenommen werden können oder nur Menschen, die nicht aus Offenbach sind oder was auch immer. Es geht um die Beschränkung ...

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Noch 20 Sekunden.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ELF:**
(fortfahrend)

Ja.

Es geht um die Beschränkung auf eine Teilmenge der Patienten, die schon da sind. Das ist das Inhumane.

(Beifall)

Das kommt noch.

(Zurufe)

Bitte?

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:

Wir hatten namentliche Abstimmung über unseren Antrag beantragt.

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Ja, die kommt noch.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Der Antrag müsste vor dem M-Vortrag drankommen.

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Ja, kommt er auch. Jetzt mal langsam.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Dann habe ich es falsch verstanden. Dann entschuldige ich mich.

(Zurufe)

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Noch mal zur Beruhigung: Jutta Ditzfurth war im Ältestenausschuss anwesend, wo das vereinbart wurde. Es gibt acht Vorlagen, über die einzeln abgestimmt wird. Euer Antrag kommt auch irgendwann dran. Und da verweise ich auch darauf, dass der Antrag von ÖkoLinX-ELF mündlich abgestimmt wird. Ist das okay?

(Zurufe)

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ELF:
(fortfahrend)

Und er kommt auch vor dem M-Vortrag dran?

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Ja.

(Zurufe)

Hat jetzt auch der oder die Letzte verstanden, wie wir verfahren? Also, ich lasse nun zuerst über die Vorlage NR 1275 der CDU-Fraktion abstimmen. Wer stimmt der Vorlage NR 1275 der CDU zu? (Geschieht). CDU und BFF-BIG, das war's. Wer lehnt den Antrag NR 1275 von der CDU ab? (Geschieht) Danke. Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht) Es gibt keine Enthaltungen. Somit ist die Vorlage NR 1275 mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt folgt der Antrag NR 1282 von BFF-BIG. Wer stimmt dem Antrag NR 1282 von BFF-BIG zu? (Geschieht) Wer lehnt ab? (Geschieht) Wer enthält sich? (Geschieht) Keine Enthaltungen. Somit ist der Antrag NR 1282 von BFF-BIG mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag NR 1284 der Linke-Fraktion. Wer stimmt dem Antrag NR 1284 der Linke-Fraktion zu? (Geschieht) Wer lehnt den Antrag NR 1284 ab? (Geschieht) Wer enthält sich? (Geschieht) Keine Enthaltungen. Wie stimmt die FRAKTION?

(Zurufe)

Okay. Der Antrag NR 1284 ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt folgt die Abstimmung über den Antrag NR 1289 der Gartenpartei. Wer stimmt diesem Antrag zu? (Geschieht) Wer lehnt diesen Antrag ab? (Geschieht) Gibt es Enthaltungen? Somit ist die Vorlage NR 1289 mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Vorlage NR 1291 von GRÜNEN, SPD, FDP und Volt. Wer stimmt der Vorlage NR 1291 zu? (Geschieht) Wer stimmt dagegen? (Geschieht) Wer enthält sich der Stimme? Herr Schwichtenberg?

(Zurufe)

Das geht nicht. Nein. Der Vorlage NR 1291 ist mehrheitlich zugestimmt worden.

Nun, Herr Zieran, folgt der Antrag NR 1292 von ÖkoLinX-ELF. Auf schriftlichen Antrag von ÖkoLinX-ELF, der FRAKTION und Herrn Stadtverordneten Yilmaz erfolgt die Abstimmung namentlich.

Schriftführerin Martina Düwel:

Ich rufe die Namen auf und bitte um das Votum Ja, Nein oder Enthaltung. Fragen? Nein? Okay.

Stadtverordneter Agatay	Nein
Stadtverordnete Akmadza	Nein
Stadtverordneter Amann	Nein
Stadtverordnete Arslaner	Nein
Stadtverordneter Bäppler-Wolf	Fehlt
Stadtverordneter Baier	Nein
Stadtverordneter Bakakis	Nein
Stadtverordnete Baumann	Nein
Stadtverordneter Becker	Fehlt
Stadtverordneter Brenner	Nein
Stadtverordneter Brillante	Ja
Stadtverordnete Busch	Nein
Stadtverordnete Christann	Ja
Stadtverordneter Csapo	Nein
Stadtverordnete Dalhoff	Ja
Stadtverordnete David	Nein
Stadtverordneter Denkwitz	Nein
Stadtverordnete Ditfurth	Ja
Stadtverordneter Dr. Dürbeck	Nein
Stadtverordnete Düwel	Nein
Stadtverordnete Eberz	Nein
Stadtverordneter Edelmann	Nein
Stadtverordnete Dr. Fabricius	Nein
Stadtverordnete Fischer	Nein
Stadtverordneter Förster	Ja
Stadtverordnete Dr. von Franque	Nein
Stadtverordnete Friedrich	Nein
Stadtverordneter Fuchs	Nein
Stadtverordneter Gannoukh	Fehlt
Stadtverordnete Gebhardt	Nein
Stadtverordneter Görres	Ja
Stadtverordnete Grote	Fehlt
Stadtverordnete Hahn	Ja
Stadtverordneter Hauenschild	Nein
Stadtverordneter Homeyer	Nein
Stadtverordneter Huber	Nein
Stadtverordnete Kauder	Nein
Stadtverordneter Klingelhöfer	Nein
Stadtverordneter Klinger	Nein

Stadtverordnete Dr. Knacker	Nein
Stadtverordneter Dr. Kochsiek	Nein
Stadtverordneter Dr. Kößler	Nein
Stadtverordnete Korenke	Nein
Stadtverordnete Krzelj	Nein
Stadtverordnete Dr. Kube	Nein
Stadtverordneter Kumar	Nein
Stadtverordnete Kunze	Nein
Stadtverordneter Lange	Nein
Stadtverordneter Dr. Langner	Nein
Stadtverordneter Lauterwald	Nein
Stadtverordnete Leineweber	Nein
Stadtverordnete Luxen	Nein
Stadtverordnete Mahn	Ja
Stadtverordneter Medoff	Nein
Stadtverordnete Dr. Mehler-Würzbach	Ja
Stadtverordnete Meister	Nein
Stadtverordnete Meyer	Nein
Stadtverordnete Momsen	Nein
Stadtverordneter Müller	Ja
Stadtverordneter Nagel	Nein
Stadtverordneter Papke	Nein
Stadtverordnete Pauli	Ja
Stadtverordneter Paulsen	Nein
Stadtverordneter Pfeiffer	Nein
Stadtverordneter Podstatny	Nein
Stadtverordneter Pürsün	Nein
Stadtverordnete Riedel	Nein
Stadtverordnete Ringer	Nein
Stadtverordneter Ritter	Nein
Stadtverordneter Dr. Rosenbaum	Nein
Stadtverordnete Roshan Moniri	Nein
Stadtverordneter Schäfer	Nein
Stadtverordneter Schlimme	Nein
Stadtverordneter Schneider	Nein
Stadtverordnete Schnitzler	Nein
Stadtverordneter Dr. Schulz	Nein
Stadtverordnete Schulz-Nurtsch	Nein
Stadtverordneter Schwander	Nein
Stadtverordneter Schwichtenberg	Ja
Stadtverordnete Serke	Nein
Stadtverordneter Shehata	Nein
Stadtverordneter Sitki	Nein
Stadtverordnete Steinhardt	Nein
Stadtverordneter Telyakar	Nein
Stadtverordneter Thoma	Nein
Stadtverordneter Tschierschke	Nein
Stadtverordneter Wehmann	Fehlt
Stadtverordneter Witsch	Nein
Stadtverordnete Wollkopf	Nein
Stadtverordneter Yildiz	Nein
Stadtverordneter Yilmaz	Ja
Stadtverordneter Zengin	Nein
Stadtverordneter Zieran	Ja

Vielen Dank! Das war die erste Runde.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Noch eine Minute zum Abgleich des Ergebnisses. Es ist eindeutig? Okay. Der Antrag NR 1292 ist mehrheitlich abgelehnt. Die genauen Zahlen können wir Ihnen im Laufe der Sitzung liefern.

Es folgt nun die Abstimmung über den Antrag NR 1296 der Gartenpartei. Wer stimmt zu? (Geschieht) Wer lehnt den Antrag NR 1296 ab? (Geschieht) Gibt es Enthaltungen? (Geschieht) Somit ist die Vorlage NR 1296 abgelehnt.

Jetzt kommt noch die Vorlage NR 1297 von IBF - Ich bin ein Frankfurter. Wer stimmt dem Antrag NR 1297 zu? (Geschieht) Wer lehnt den Antrag ab? (Geschieht) Gibt es Enthaltungen? (Geschieht) Somit ist der Antrag NR 1297 abgelehnt.

Nun folgt auf schriftlichen Antrag der SPD die namentliche Abstimmung über die Vorlage M 83. Hierbei wird vereinbarungsgemäß über die Ziffer 2., dritter Satz, gesondert abgestimmt. Das heißt, Sie geben bitte zwei Voten ab: zunächst Ihr Votum zur M 83 ohne diesen dritten Satz und dann das Votum zum dritten Satz unter Ziffer 2. Verstanden?

Noch eine Bitte: Ich bitte bei dieser Abstimmung um Ruhe und Einhaltung der vorgesehenen Sitzordnung, damit wir hier im Präsidium ein eindeutiges Ergebnis feststellen können. Bitte schön, Frau Düwel!

Schriftführerin Martina Düwel:

Ich rufe die Namen auf und bitte zuerst um Abstimmung zur M 83 ohne Ziffer 2. Satz 3 und dann um Abstimmung zu Ziffer 2. Satz 3, also zweimal.

(Zurufe)

Doch, zuerst ohne diesen Satz.

**Stadtverordnetenvorsteherin
Hilime Arslaner:**

Noch mal: Es gibt einen Durchgang der namentlichen Abstimmung und bei jedem Aufruf werden zwei Voten abgegeben, und zwar

erstens zur M 83 ohne Ziffer 2. Satz 3 und zweitens ausschließlich zur Ziffer 2. Satz 3. Haben das alle verstanden?

(Zurufe)

Ich wiederhole noch mal meine Bitte um Ruhe und um Konzentration. Frau Düwel, Sie haben das Wort.

Schriftführerin Martina Düwel:

Stadtverordneter Agatay	Ja/Ja
Stadtverordnete Akmadza	Nein/Nein
Stadtverordneter Amann	Ja/Ja
Stadtverordnete Arslaner	Ja/Ja
Stadtverordneter Böppler-Wolf	Fehlt
Stadtverordneter Baier	Ja/Ja
Stadtverordneter Bakakis	Ja/Ja
Stadtverordnete Baumann	Ja/Ja
Stadtverordneter Becker	Fehlt
Stadtverordneter Brenner	Ja/Ja
Stadtverordneter Brillante	Ja/Nein
Stadtverordnete Busch	Ja/Ja
Stadtverordnete Christann	Ja/Nein
Stadtverordneter Csapo	Nein/Nein
Stadtverordnete Dalhoff	Ja/Nein
Stadtverordnete David	Nein/Nein
Stadtverordneter Denkwitz	Ja/Ja
Stadtverordnete Ditfurth	Ja/Nein
Stadtverordneter Dr. Dürbeck	Nein/Nein
Stadtverordnete Düwel	Ja/Ja
Stadtverordnete Eberz	Ja/Ja
Stadtverordneter Edelmann	Ja/Ja
Stadtverordnete Dr. Fabricius	Nein/Nein
Stadtverordnete Fischer	Nein/Nein
Stadtverordneter Förster	Ja/Nein
Stadtverordnete Dr. von Franque	Ja/Ja
Stadtverordnete Friedrich	Nein/Nein
Stadtverordneter Fuchs	Nein/Nein
Stadtverordneter Gannoukh	Fehlt
Stadtverordnete Gebhardt	Ja/Ja
Stadtverordneter Görres	Ja/Nein
Stadtverordnete Grote	Fehlt
Stadtverordnete Hahn	Ja/Nein
Stadtverordneter Hauenschild	Ja/Ja
Stadtverordneter Homeyer	Nein/Nein
Stadtverordneter Huber	Ja/Ja
Stadtverordnete Kauder	Ja/Ja
Stadtverordneter Klingelhöfer	Ja/Ja
Stadtverordneter Klinger	Nein/Nein
Stadtverordnete Dr. Knacker	Ja/Ja
Stadtverordneter Dr. Kochsiek	Nein/Nein
Stadtverordneter Dr. Kößler	Nein/Nein
Stadtverordnete Korenke	Nein/Nein
Stadtverordnete Krzelj	Ja/Ja

Stadtverordnete Dr. Kube	Ja/Ja
Stadtverordneter Kumar	Ja/Ja
Stadtverordnete Kunze	Ja/Nein
Stadtverordneter Lange	Nein/Nein
Stadtverordneter Dr. Langner	Nein/Nein
Stadtverordneter Lauterwald	Ja/Ja
Stadtverordnete Leineweber	Nein/Nein
Stadtverordnete Luxen	Ja/Ja
Stadtverordnete Mahn	Ja/Nein
Stadtverordneter Medoff	Ja/Ja
Stadtverordnete	
Dr. Mehler-Würzbach	Ja/Nein
Stadtverordnete Meister	Nein/Nein
Stadtverordnete Meyer	Ja/Ja
Stadtverordnete Momsen	Ja/Ja
Stadtverordneter Müller	Ja/Nein
Stadtverordneter Nagel	Nein/Nein
Stadtverordneter Papke	Nein/Nein
Stadtverordnete Pauli	Ja/Nein
Stadtverordneter Paulsen	Ja/Ja
Stadtverordneter Pfeiffer	Nein/Nein
Stadtverordneter Podstatny	Ja/Ja
Stadtverordneter Pürsün	Nein/Nein
Stadtverordnete Riedel	Ja/Ja
Stadtverordnete Ringer	Nein/Nein
Stadtverordneter Ritter	Nein/Nein
Stadtverordneter Dr. Rosenbaum	Ja/Ja
Stadtverordnete Roshan Moniri	Ja/Ja
Stadtverordneter Schäfer	Nein/Nein
Stadtverordneter Schlimme	Ja/Ja
Stadtverordneter Schneider	Nein/Nein
Stadtverordnete Schnitzler	Nein/Nein
Stadtverordneter Dr. Schulz	Nein/Nein
Stadtverordnete Schulz-Nurtsch	Ja/Ja
Stadtverordneter Schwander	Nein/Nein
Stadtverordneter Schwichtenberg	Nein/Nein
Stadtverordnete Serke	Nein/Nein
Stadtverordneter Shehata	Ja/Ja
Stadtverordneter Sitki	Ja/Ja
Stadtverordnete Steinhardt	Nein/Nein
Stadtverordneter Telyakar	Ja/Ja
Stadtverordneter Thoma	Nein/Nein
Stadtverordneter Tschierschke	Ja/Ja
Stadtverordneter Wehnmann	Fehlt
Stadtverordneter Witsch	Ja/Ja
Stadtverordnete Wollkopf	Ja/Ja
Stadtverordneter Yildiz	Nein/Nein
Stadtverordneter Yilmaz	Ja/Nein
Stadtverordneter Zengin	Nein/Nein
Stadtverordneter Zieran	Ja/Nein

Okay, das war's. Vielen Dank!

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteherin Hilime Arslaner:

Bitte noch ein paar Minuten Ruhe, dann können wir das Ergebnis verkünden.

Ich darf Ihnen das Ergebnis bekannt geben: Die Vorlage M 83 ohne Ziffer 2. Satz 3 erhielt 54 Ja-Stimmen und 34 Nein-Stimmen und ist damit angenommen.

(Beifall, Zurufe)

Und dann haben wir noch ein Ergebnis: Ziffer 2. Satz 3 der Vorlage M 83 wurde mit 40 Ja-Stimmen und 48 Nein-Stimmen abgelehnt.

(Beifall, Heiterkeit)

Jetzt kommen wir zum Antrag von Öko-LinX-ELF, dazu haben wir jetzt auch das Ergebnis. Jutta? Frau Ditfurth, Herr Zieran? Wenn kein Interesse da ist, dann ist es auch okay. Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt und danke für die Geduld.

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Korenke:

Meine Damen und Herren, die Plenarsitzung ist noch nicht vorbei. Ich darf Sie bitten, Ihren zustimmenden und ablehnenden Gedanken Einhalt zu gebieten oder sie draußen zu besprechen.

Tagesordnungspunkt 6.

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Claudia Korenke:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6., Gemeinsam gegen Einsamkeit, auf. Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlage B 171 des Magistrats. Die CDU-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Gibt es Wortmeldungen? Ich darf um Ruhe im Saal bitten. Das Wort hat, wie Sie sehen, Frau Fischer von der CDU-Fraktion. Bitte schön!